

6000 Patienten auf AIDS untersucht

BERLIN. Im vergangenen Jahr wurden in Berlin vom Landesinstitut für Tropenmedizin annähernd 6000 Patienten auf HIV-Antikörper untersucht. Im Jahre 1985 lag die Zahl der Untersuchten bei 3500. Von der Berliner „AIDS-Task-Force“ wurden 1986 monatlich zwischen 400 und 730 Patienten auf Antikörper untersucht und betreut. LPD

Früherkennung für Risikokinder bewährt

BERLIN. Knapp 10 Prozent aller in Berlin geborenen Kinder wurden 1985 im ersten Lebensjahr in einer der sechs Beratungsstellen für Risikokinder vorgestellt. In dieser Einrichtung der Berliner Gesundheitsämter untersuchen in der Entwicklungsdiagnostik erfahrene Ärzte

seit 1977 Kinder auf gesundheitliche Besonderheiten, die eine Frühbehandlung erfordern. Bei etwa 40 Prozent der Kinder bestand Anlaß zu Behandlungsmaßnahmen, am häufigsten zur Krankengymnastik. 1985 kamen rund 2100 (1984: 1800) Kinder zur Erstvorstellung in die Beratungsstellen. Jedes fünfte war älter als ein Jahr. LPD

EG-Richtlinie zum Lärmschutz erlassen

SANKT AUGUSTIN. Eine EG-Richtlinie soll die Lärmeinwirkung am Arbeitsplatz im gesamten Bereich der Europäischen Gemeinschaft einheitlich vermindern helfen. Die Brüsseler Vorlage enthält viele Schutzbestimmungen, die in ähnlicher Weise schon in der deutschen Unfallverhütungsvorschrift „Lärm“ enthalten sind. Die EG-Mitgliedsstaaten sollen die Richtlinie bis zum 1. Januar 1990 in ihr nationales Recht umsetzen. WZ

Organe Verstorbener sind Staatseigentum

BERLIN. Schwierigkeiten mit der Beschaffung geeigneter Organe für Transplantationszwecke haben die Chirurgen in der DDR nicht. Die gesetzlichen Bestimmungen sind einfacher als in der Bundesrepublik. Die Organentnahme an Verstorbenen für Transplantationen ist immer zulässig, wenn der Verstorbene zu Lebzeiten keine andersgearteten Festlegungen getroffen hat. Voraussetzung für die Entnahme ist laut „Verordnung über die Durchführung von Organtransplantationen“ die „zweifelsfreie und nachweisbare Feststellung des Todes“ durch ein Ärztekollektiv, das nicht an der Transplantation beteiligt sein darf. Zum Zwecke der Organentnahme ist eine Beendigung intensivmedizinischer Maßnahmen ohne exakte Hirntoderklärung rechtlich nicht zulässig. Sie ist auch nur dann möglich, wenn der Verstorbene DDR-Bürger oder Staatenloser mit ständigem Wohnsitz in der DDR war. OM

Was wird aus der „Friedenspfeife“?

NEW YORK. Nach einer Übersicht der „New York Times“ haben bereits mehr als 40 Bundesstaaten gesetzliche Vorschriften zur Einschränkung des Rauchens in öffentlich zugänglichen Räumen erlassen. Zu den Ausnahmen gehören noch North Carolina und Virginia, die Hauptanbaugelände für Tabak. Ein Drittel der privaten Unternehmen der Wirtschaft haben das Rauchen am Arbeitsplatz eingeschränkt. In den Streitkräften gilt seit 1986, in den Amtsgebäuden der Bundesregierung seit Februar 1987 grundsätzlich die Regel: Rauchen ist überall

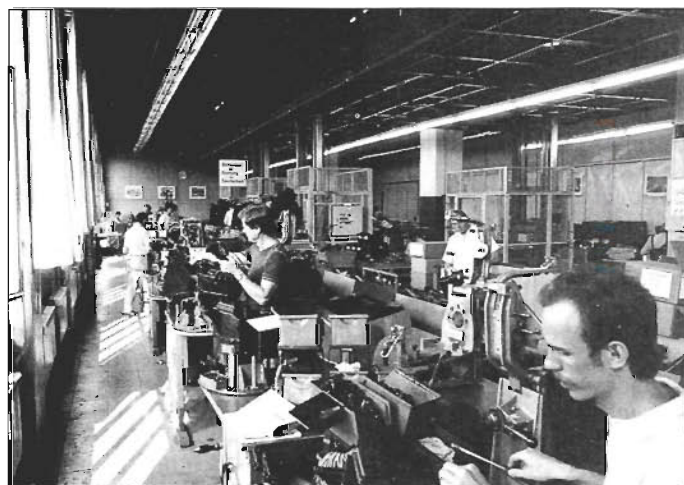
verboten, wo es nicht ausdrücklich erlaubt ist. Von dieser neuen Vorschrift der Bundesregierung sind fast eine Million Arbeitnehmer betroffen. – Ein Theologiestudent in Cambridge, Massachusetts, will jetzt die dortige Gemeindeverwaltung verklagen, weil sie seine Freiheit der Religionsausübung verletze. Er behauptet, für ihn sei das Rauchen einer Friedenspfeife eine religiöse Zeremonie. gb

Kammer für AIDS-Meldepflicht

KLAGENFURT. Die Ärztekammer des Bundeslandes Kärnten hat sich in einer Vorstandsentschließung dafür eingesetzt, eine Meldepflicht für AIDS-Virus-Träger einzuführen. Nur eine Meldepflicht mache es nämlich nach österreichischem Recht möglich, strafrechtlich gegen AIDS-Kranke vorzugehen, die vorsätzlich oder fahrlässig die Krankheit weiterverbreiten. Außerdem setzt sich die Kammer (ohne allerdings zu sagen, wie weit dabei Pflichten eingeführt werden sollen) dafür ein, bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit AIDS-Tests zu machen, z. B. bei Vorsorgeuntersuchungen einschließlich der Schwangeren, bei Krankenhausaufenthalten, bei Musterungen, bei Untersuchungen nach dem Ausländer-Beschäftigungsgesetz. bt

Körperbehinderte Hilfssheriffs

FORT LAUDERDALE. Der Sheriff des Badeortes Fort Lauderdale an der Atlantikküste von Florida hat einen Trupp von Freiwilligen aufgestellt, die die Behindertenparkplätze der Stadt überwachen sollen. Die Hilfssheriffs sind berechtigt, Strafzettel für Autofahrer auszustellen, die diese Parkplätze unberechtigt benutzen. Alle Mitglieder des Trupps sind selbst Behinderte. bt



Mancher kann nach einer schweren Erkrankung oder einem Unfall nicht sofort an seinen Arbeitsplatz zurückkehren. Für die Mitarbeiter des Volkswagenwerks in Wolfsburg gibt es in einem solchen Fall eine Zwischenstation: das werkseigene Rehabilitationszentrum mit 58 Arbeitsplätzen (Foto). Hier können geeignete Mitarbeiter bis zu sechs Monate lang ohne Zeit- oder Stückzahlendruck arbeiten. Sie wählen, ob sie im Sitzen oder Stehen ihrer Tätigkeit nachgehen; ihnen werden großzügigere Pausen als den anderen eingeräumt und eine medizinische Betreuung geboten. Dabei hat auch das Zentrum seinen festen Platz in der Produktion. Es gehört zum Bereich Kunststoffteilefertigung. Auf diese Weise hat Volkswagen, Wolfsburg, seit dem Jahre 1973 rund 1000 Mitarbeitern den zweiten Einstieg ins Berufsleben erleichtert. Foto: Giesel